

Arbeitsethos und seiner Verachtung der Krankheit. Das Thema Gesundheitswesen ruft die Frage der „Tauglichkeit“ auf, das Thema der Hygiene nicht nur den Gegensatz zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Leben, sondern auch die Defizite in der Wahrnehmung des arabischen *Anderen* im Land. Jedes Handeln ist ideologisch besetzt.

Abschließend diskutiert Rolniks sehr elegant geschriebene Studie die Frage des „Jüdischen“ in der Psychoanalyse und Sigmund Freuds eigene Haltung zum (und zu seinem) Judentum, vor allem am Beispiel von Debatten über das Buch „Der Mann Moses und die monotheistische Religion“. Das führt dann doch vielleicht etwas weit ab, während die eigentliche Stärke der Arbeit – neben der faszinierenden Galerie des aufgebotenen Personals – in der sozial- und kulturgeschichtlichen Analyse derjenigen Konfliktfelder und inneren Widersprüche liegt, die Israels politische Kultur bis heute prägen: „Gewalt“, „Allmachtsgefühl“, „Selbstidealisation“ und „Opferbewusstsein“ sind durchaus Begriffe von hoher Aktualität (S. 230). Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung in Israel, vor allem auf das geplante – wenn auch vorerst durch den Zusammenbruch der Koalition Netanjahu auf Eis gelegte – Gesetz zur „jüdischen Staatlichkeit“, könnte man fragen, ob vielleicht doch der Zionismus die Krankheit war, die zu heilen er vorgab. Zumindest wird, in einem von „militärem Nationalismus und religiösem Fanatismus“ (S. 231) geprägten Umfeld, eine am wirklichen Leben ihrer Patienten interessierte analytische Arbeit – so schließt Rolnik selbst – weiterhin gebraucht.

Southampton

Joachim Schlör

Ideengeschichtliche Perspektive

Bernhard, Patrick/Nehring, Holger (Hrsg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, 359 S., Klartext, Essen 2014.

Der Kalte Krieg war bekanntlich eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ideologien Kommunismus und Liberalismus, die die Geschichte Europas und der Welt nach 1945 nachhaltig geprägt hat. Bis zum Untergang der Sowjetunion 1991 beeinflusste der Ost-West-Konflikt Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in den Nationalstaaten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Der vorliegende Konferenzband beschäftigt sich mit den dadurch ausgelösten

Entwicklungsprozessen in den westlichen Staaten und behandelt insbesondere sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Die beiden Bandherausgeber möchten den Kalten Krieg aus der Perspektive einer sozialen Ideengeschichte schreiben. In ihrer Einleitung betonen sie, dass dabei die „gesellschaftliche Produktion, Zirkulation und Anwendung von kriegsbezogenem Wissen in jeweils spezifisch historischen Zusammenhängen untersucht“ werden sollen (S. 13). Auf diese Weise wollen sie einen Beitrag leisten, um den Kalten Krieg „in eine längere Gewaltgeschichte der Moderne einbetten“ zu können (S. 15).

Die Beiträge des Bandes lassen sich drei inhaltlichen Schwerpunkten zuordnen: Erstens geht es um Fragen der Atomkriegsplanung, des Zivilschutzes und der Abrüstungspolitik. So verdeutlichen Bruno Thoß und Isabelle Miclot, dass der Zweite Weltkrieg für deutsche und französische Militärexperten den Ausgangspunkt bildete für die Bewertung der neuartigen Kernwaffen. Die Kriegserfahrungen, die vor 1945 gesammelt wurden, prägten die Erwartungen über die zukünftige Kriegsführung. Unter den Fachleuten galten Nuklearwaffen jedoch schnell als grundsätzlich vereinbar mit alt hergebrachten militärstrategischen Überlegungen. Kontinuitätslinien gab es auch beim freiwilligen Zivilschutz, wie Matthew Grant für Großbritannien nachweisen kann. Die britische Regierung baute bereits Ende der 1940er Jahre eine Zivilschutzorganisation (Civil Defense Corps) auf, die sich nach dem Vorbild des Luftschutzes in England während des Zweiten Weltkrieges vorwiegend aus Freiwilligen zusammensetzte. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges meldeten sich immer mehr Freiwillige; Ende 1953 dienten mehr als 500.000 Menschen in der Organisation. Danach sank die Mitgliederzahl, da der atomare Schrecken „die Glaubwürdigkeit des Zivilschutzes untergrub“ (S. 186). Die staatlichen Anwerbungsmaßnahmen seien dennoch erfolgreich gewesen, denn sie vermittelten die Botschaft, dass „das Engagement für den Zivilschutz zugleich eine ausgefüllte Freizeit und einen offiziell sanktionierten Ort patriotischer Mitwirkung bot“ (S. 206).

In dem Band geht es zweitens um Fragen des Konsums, der Bildung und der medizinischen Ethik. Einzelne Beiträge analysieren die Dynamik des Kalten Krieges, indem sie die Einflussnahme auf unterschiedliche Lebensbereiche und deren Rückwirkung auf die Politik untersuchen. Wie Sibylle Marti in ihrem Beitrag zeigen kann, schreckte die neutrale Schweiz nicht vor Eingriffen in das Konsum- und Ernährungsverhalten der Bevölkerung zurück. So führte der eigenössische

Staat bis 1989 eine groß angelegte Kampagne durch, mit der die Bevölkerung dazu bewegt werden sollte, Notvorräte für den atomaren Ernstfall anzulegen. Die dahinter stehenden Vorstellungen eines „permanenten Kriegszustandes“ (S. 234) stießen jedoch auf sehr unterschiedliche Resonanz. Die Reaktionen lassen nämlich – so die Autorin – „ein Bild einer pluralen Gesellschaft aufscheinen“. Der Beitrag von Anne Rohstock über die Verwissenschaftlichung und Programmierung des schulischen Unterrichts illustriert, dass der Kalte Krieg auch vor der Bildung nicht Halt machte: Rohstock hinterfragt kritisch die Unabhängigkeit der Forschung, deren inhaltliche Ausrichtung sich teilweise sehr stark an den Bedürfnissen des Kalten Krieges orientiert habe. Am Beispiel der Einführung neuer Lernmethoden im Fach Mathematik (Mengenlehre) kann die Verfasserin deutlich machen, dass die Versuche zur Verwissenschaftlichung einzelner Unterrichtsfächer auf Kritik „sowohl in akademischen Kreisen als auch innerhalb der Lehrer- und Elternschaft“ (S. 277) stießen. Der sich rasch formierende Widerstand führte etwa dazu, dass einzelne westdeutsche Länder „eine kurzfristige Hausaufgabensperre in dem umstrittenen Fach“ (S. 279) verhängten.

Ein dritter Schwerpunkt ist schließlich dem Thema Öffentlichkeit gewidmet. Daniel Gerster geht der Frage nach, welche Formen die Auseinandersetzung mit der Atombombe in der katholischen Kirche annahm, wobei er seine Betrachtung nicht nur auf die Amtskirche konzentriert. Friederike Brühöfener analysiert am Beispiel überregionaler Zeitungen und Zeitschriften die journalistischen Debatten über die emotionale Grundstimmung der bundesdeutschen Gesellschaft im Allgemeinen und der Friedensbewegung im Besonderen.

Auch wenn an dieser Stelle nicht auf alle Beiträge gleichermaßen eingegangen werden kann, so lässt sich doch resümieren, dass es den Herausgebern Patrick Bernhard und Holger Nehring gelungen ist, einen äußerst anregenden Sammelband vorzulegen, der zahlreiche Anstöße für weitere Studien bietet.

Berlin

Dierk Hoffmann

Die 60er Jahre – ein Krisenjahrzehnt?

Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren, 319 S., Oldenbourg, München 2012.

Die dekadologische Vorgehensweise erfreut sich großer Beliebtheit in der zeithistorischen Forschung. Seit geraumer Zeit stehen hierbei die 1970er Jahre im Vordergrund (vgl. zuletzt die entsprechenden Sektionen auf dem Historikertag in Göttingen 2014). Mittlerweile beginnt die Historisierung der 1980er Jahre, zum Beispiel Meik Woyke (Hrsg.) „Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre“ (2013). Es erscheint daher durchaus lohnenswert, einen Blick zurück auf die 1960er Jahre zu werfen, um ihre Signatur zu vermissen.

Die 1960er gelten als ein Jahrzehnt der Umbrüche und der Konflikte, in dem sich „eine dynamische Gesellschaft“ (Edgar Wolfrum) herauskristallisierte. Zugleich markieren sie die Epoche vor dem „Ende des Booms“ (Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael), die noch geprägt war von Fortschrittsglaube und Planungseuphorie. Der vorliegende Sammelband subsumiert die 1960er Jahre unter dem Signum der Krisen und Krisenwahrnehmungen. Er versammelt die Ergebnisse des Kooperationsprojektes einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe an der Universität Bordeaux und dem Institut für Zeitgeschichte in München. Entstanden ist ein sehr heterogener Band mit 26 Beiträgen deutscher und französischer Historiker und Historikerinnen sowie Germanisten und Germanistinnen, teils in deutscher, teils in französischer Sprache, der seinen Anspruch der Interdisziplinarität und des Vergleichs nur bedingt einlösen kann.

Es sind einerseits namhafte Autoren und Autorinnen vertreten, die ihre bereits an anderer Stelle publizierten Forschungsergebnisse hier erneut präsentieren. Es werden andererseits zum Teil neuere, quellenbasierte Forschungsergebnisse vorgelegt. Konsequentermaßen angelegte Einzelbeiträge sind in der Minderzahl. Aber auch eine kontrastierende Gegenüberstellung eines Phänomens in seiner jeweils deutschen und französischen Ausprägung, die dem Leser dann den Vergleich ermöglicht, liegt nicht vor. Leider wird auch der zugrunde gelegte Krisenbegriff nicht theoretisch eingebettet. Die Einleitung der Herausgeber fällt hier allzu knapp aus. Der Krisentopos spielt in den einzelnen Beiträgen eher implizit und in unterschiedlicher Ausprägung eine Rolle. Insbesondere der „Mai 1968“ wird zur „Chiffre der Krise“ (S. IX) erklärt. Nach der anregenden Lektüre des deutsch-französischen Vergleichs von „1968“ von Ingrid Gilcher-Holtey wird sogleich deutlich, dass das Signum der Krise gerade nicht geeignet ist, die Studentenproteste